

Juso begeistert nur 35 statt 99 Prozent

Vermögende sollen nicht stärker besteuert werden. Das Volk lehnt eine linke Initiative deutlich ab. Das Thema Steuergerechtigkeit ist damit nicht vom Tisch.

Lucien Fluri

BERN. Kaum war die Niederlage eingefahren, da twitterte SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer bereits ein «Jetzt erst recht» an ihre Anhänger. Die Partei will «das Engagement für Steuergerechtigkeit» trotz des deutlichen Volksneins zur 99-Prozent-Initiative weiter vorantreiben – und hat schon erste Ziele im Visier.

Doch der Reihe nach: Die Schweizerinnen und Schweizer haben gestern die Juso-Initiative deutlich abgelehnt, mit 35,1 zu 64,9 Stimmen. Ebenso klar ist die Vorlage am Ständemehr gescheitert. Kein einziger Kanton sagte Ja. Auf die grösste Ablehnung stiess das Volksbegehren in Zug (76,8 Prozent Nein-Anteil), Nidwalden (77,4) und Schwyz (76,6).

Am deutlichsten war die Zustimmung in Basel-Stadt mit lediglich 51,9 Prozent Neinstimmen. Einzig in Städten wie Zürich, Biel, Basel, Bern oder Lausanne gab es eine Mehrheit. Die Juso selbst zeigte sich dennoch «stolz», eine Debatte lanciert und mehr als eine Million Stimmen geholt zu haben. Überraschend ist das Resultat nicht: Einerseits hat es die Juso mit ihren Initiativen immer wieder schwer: Das Resultat von gestern liegt in etwa auf dem Stand der 1:12-Initiative, mit der die Juso 2013 hohe Löhne begrenzen wollte. Andererseits zeigt sich einmal mehr: Reformen im Steuerbereich haben es in der Schweiz grundsätzlich nicht einfach: Bereits in der Vergangenheit fielen vergleichbare Anliegen durch. Das Verbot der Pauschalbesteuerung wurde ebenso abgelehnt wie die Einführung einer Erbschaftssteuer. Die Unternehmenssteuerreform III benötigte einen zweiten Anlauf und einen politischen Kuhhandel mit zusätzlichen AHV-Milliarden, damit sie angenommen wurde. Und die GLP verbrannte sich im Jahre 2015 die Finger mit ihrer «Energie-statt Mehrwertsteuer»-Initiative, die 92 Prozent Neinstimmen einfuhr.

Die nächste Schlacht folgt sogleich

Trotz der Schwierigkeiten, Steuerreformen an der Urne durchzubringen, wird die Debatte um Steuern und Verteilungsgerechtigkeit nicht rasch vorbei sein. Im Gegenteil. Derzeit stehen gleich mehrere Vorlagen zur Debatte: Einerseits wird sich die Politik mit der Abschaffung der Heiratsstrafe und



Keine Freude herrschte gestern bei Thomas Bruchez, dem Vize-Präsidenten der Juso Schweiz.

BILD KEY

der Einführung der Individualbesteuerung beschäftigen müssen. Hier machen die Mitte und die FDP Druck. Gleichzeitig dürfte die von der OECD angedachte globale Mindestbesteuerung Änderungen im Schweizer System nötig machen. Und zudem sind mehrere Steuersenkungsprojekte im Parlament heftig umstritten, sodass mit Referenden zu rechnen ist: Die SP hat einer beschlossenen Reduktion bei der Stempelsteuer bereits den Kampf angesagt. Diese würde Firmen um 250 Millionen Franken pro Jahr entlasten.

In dieser Session dürfte das Parlament einen Abbau bei den Industriezöllen beschliessen, der links auf Widerstand stösst. Und zuletzt wollte der Ständerat

den Eigenmietwert abschaffen. Käme das Anliegen in der zweiten Kammer durch, droht ebenfalls die Volksabstimmung.

Juso hat noch einen Pfeil im Köcher

Bereits gestern hat der Gewerkschaftsbund rhetorisch aufgerüstet. «In den letzten Jahrzehnten haben jedoch die höchsten Einkommen am meisten von Steuererleichterungen profitiert», schrieb er. Einfache Bürger müssten dagegen immer mehr Krankenkassenprämien bezahlen. Und auch die Juso lässt keinen Zweifel daran, dass sie das Thema Steuergerechtigkeit weiter auf die Agenda setzen will: Im Köcher hat die Partei bereits die nächste Initiative. Wer mehr als 100 Millionen

Franken besitzt, soll kräftig für Klimamassnahmen zur Kasse gebeten werden. So haben es die Delegierten im Juni beschlossen, die genauen Details sind noch offen. Unbestritten dürfte aber sein, dass die Jungpartei die Kraft hat, die Initiative erfolgreich zu lancieren.

Gelassen zeigte sich gestern Finanzminister Ueli Maurer, der von «nicht weniger als sieben aktuellen Steuerprojekten» sprach, die unterwegs seien. Ihn stimmte positiv, dass die Bevölkerung gestern nicht einen einzelnen Punkt herauspickte, sondern offenbar das Steuersystem als gesamtes beurteilte. Und dabei, so Maurer, habe das Volk wohl den Eindruck, «dass die Umverteilung genügend ist».

VIDEO
Interviews mit den Gewinnern und Verlierern unter www.shn.ch/click

Eidgenössische Abstimmungen Resultate der Kantone

	«Ehe für alle»		99-Prozent-Initiative		Stimm-beteiligung
	Ja	Nein	Ja	Nein	
Zürich	356 917	159 545	182 856	325 621	54,0
Bern	246 951	132 059	152 487	222 486	51,6
Luzern	100 058	51 146	47 670	101 271	54,0
Uri	7 532	5 399	3 953	8 592	47,9
Schwyz	32 538	25 070	13 408	43 835	53,9
Obwalden	8 780	6 035	3 661	10 929	55,6
Nidwalden	10 963	6 842	3 964	13 585	56,6
Glarus	6 820	4 338	3 588	7 409	42,0
Zug	31 209	15 998	10 855	35 891	60,6
Freiburg	66 009	39 930	40 710	63 227	50,8
Solothurn	62 274	31 852	32 042	60 784	51,9
Basel-Stadt	48 787	17 173	31 168	33 657	58,7
Baselland	65 454	32 020	31 334	64 516	52,3
Schaffhausen	22 397	13 836	12 172	22 836	70,4
Appenzell AR	11 879	8 874	6 353	14 113	53,3
Appenzell AI	2 909	2 815	1 336	4 317	47,7
St. Gallen	98 675	67 707	50 633	113 461	50,6
Graubünden	41 341	24 536	18 863	45 746	47,0
Aargau	147 448	82 768	67 699	158 747	52,6
Thurgau	51 406	38 440	24 884	63 606	51,6
Tessin	55 303	49 203	35 377	67 270	47,9
Waadt	154 898	83 350	90 020	144 157	52,4
Wallis	62 221	49 868	32 416	78 832	51,5
Neuenburg	32 404	18 679	22 484	27 614	45,4
Genf	88 883	47 547	56 198	78 344	51,3
Jura	14 371	9 137	10 770	12 210	44,0
Total	1 828 427	1 024 167	986 901	1 823 056	52,2
Total %	64,1	35,9	35,1	64,9	
Befürw. Stände	20 ½				
Verwerf. Stände	20 ½				

Kanton Bern: Ein deutliches Klima-Statement

BERN. Der Kanton Bern verankert den Klimaschutz in der Kantonsverfassung. Das Stimmvolk nahm am Sonntag mit 63,9 Prozent Ja einen entsprechenden Verfassungsartikel an. Ziel ist das Erreichen der Klimaneutralität bis 2050. 233 212 Abstimmende legten ein Ja in die Urne, 131 969 ein Nein. Die Stimmbeteiligung lag bei 49,8 Prozent.

Gemäss dem neuen Verfassungsartikel sollen sich der Kanton und die Berner Gemeinden «aktiv für die Begrenzung der Klimaveränderung und deren nachteilige Auswirkungen» einsetzen. Zu den Massnahmen gehören dabei auch «Instrumente der Innovations- und Technologieförderung».

Insgesamt soll die Volkswirtschaft gestärkt sowie umwelt- und sozialverträglich ausgestaltet werden. Zudem richten Kanton und Gemeinden die öffentlichen Finanzflüsse künftig auf eine klimaneutrale «und gegenüber der Klimaveränderung widerstandsfähige» Entwicklung aus. Die Vorlage geht auf eine parlamentarische Initiative der Grünen zurück und fand im Kantonsparlament breite Unterstützung. Einzig SVP und EDU lehnen den aus ihrer Sicht überflüssigen Klimaschutzartikel ab. (sda)

Solothurner Volk: Kein Stimmrecht für Ausländer

SOLOTHURN. Im Kanton Solothurn haben die Stimmberechtigten das fakultative Ausländerstimmrecht auf kommunaler Ebene klar abgelehnt. Ein umstrittenes Millionenprojekt für die Umfahrung Klus in Balsthal wurde dagegen gutgeheissen.

Die Stimmberechtigten verwarfen die Initiative von Exponenten aus SP und Grünen für die Einführung des Ausländerstimmrechts mit einem Neinstimmenanteil von 73 Prozent. Der Ja-Anteil betrug 27 Prozent (Nein: 64 201 Stimmen, Ja: 23 473 Stimmen). Die Initiative wollte die Verfassung ändern. Die Gemeinden sollten die Kompetenz erhalten, selbst über die Mitsprache von Personen mit Niederlassungsbewilligung («C-Ausweis») entscheiden zu können. Das Kantonsparlament lehnte das Begehren ab. Der Regierungsrat war dafür.

Ein fakultatives Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene kennen bereits die Kantone Appenzell Auserrhoden, Basel-Stadt und Graubünden. Die Kantone Freiburg, Genf, Jura, Neuenburg und Waadt haben hingegen ein obligatorisches Ausländerstimmrecht in kommunalen Angelegenheiten. (sda)